

AMTSBLATT DER STADT GREVEN

Nummer 29

Jahrgang 60

Erscheinungstag 15.12.2022

Lfd. Nr.	Inhalt	Seite
118	Öffentliche Bekanntmachung einer Inverzugsetzung, Zahlungsaufforderung und Rechtswahrungsanzeige	412
119	Öffentliche Bekanntmachung einer Inverzugsetzung, Zahlungsaufforderung und Rechtswahrungsanzeige	413
120	Öffentliche Bekanntmachung der IX. Satzungsänderung vom 14.12.2022 zur „Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Greven vom 19.12.2013“	414 - 417
121	Öffentliche Bekanntmachung der X. Satzungsänderung vom 14.12.2022 zur „Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 20.12.2012“	418 - 420
122	Öffentliche Bekanntmachung der IV. Satzungsänderung vom 14.12.2022 zur „Satzung über die Entsorgung des Inhaltes von Grundstücksentwässerungsanlagen (Kleinkläranlagen, abflusslosen Gruben)“ vom 15.12.2016“	421 - 423
123	Öffentliche Bekanntmachung der VI. Satzungsänderung vom 14.12.2022 zur „Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren, Kanalanschluss-Beiträgen und Kostenersatz für Grundstücksanschlüsse vom 15.12.2016“	424 - 426
124	Öffentliche Bekanntmachung der Satzung der Stadt Greven über die Umlage des Aufwandes für die Gewässerunterhaltung gemäß § 64 LWG NRW vom 14.12.2022	427 - 433

Herausgeber: Stadt Greven, Der Bürgermeister
48268 Greven, Rathausstraße 6, Telefon 02571 920-0, Eigendruck

Sie können das Amtsblatt der Stadt Greven zum Einzelpreis von 1,00 € oder im Abo zum Preis von 12,00 € jährlich zzgl. Zustellgebühren beziehen. Es liegt im Rathaus, Zimmer 115 aus. Bestellungen richten Sie bitte an den Bürgermeister der Stadt Greven. Sie können das Amtsblatt auch in unserem Stadtportal www.greven.net herunterladen.

Öffentliche Bekanntmachung einer Inverzugsetzung, Zahlungsaufforderung und Rechtswahrungsanzeige

Gegen Herrn Eric-Lynn Wilson, geb. 08.09.1971, unbekannter letzter Aufenthalt, ist eine Inverzugsetzung, Zahlungsaufforderung und Rechtswahrungsanzeige des Bürgermeisters der Stadt Greven vom 07.12.2022 (Az.: 301030/UVG-Bra und 301031/UVG-Bra) ergangen.

Die Inverzugsetzung, Zahlungsaufforderung und Rechtswahrungsanzeige kann von dem Empfangsberechtigten in der Stadtverwaltung, Rathausstraße 6, Zimmer A 208 während der allgemeinen Dienststunden eingesehen bzw. abgeholt werden.

Die Inverzugsetzung, Zahlungsaufforderung und Rechtswahrungsanzeige wird gemäß § 10 Landeszustellungsgesetz NRW durch öffentliche Bekanntmachung dieser Benachrichtigung im Amtsblatt der Stadt Greven zugestellt. Sie gilt als zugestellt, wenn seit der Bekanntmachung im Amtsblatt zwei Wochen vergangen sind.

Mit dem Tag der Zustellung besteht die Möglichkeit, dass Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen.

Greven, 15.12.2022

Stadt Greven

Der Bürgermeister

gez.

Dietrich Aden

Öffentliche Bekanntmachung einer Inverzugsetzung, Zahlungsaufforderung und Rechtswahrungsanzeige

Gegen Herrn Urij Harmider, geb. 10.10.1980, unbekannter letzter Aufenthalt, ist eine Inverzugsetzung, Zahlungsaufforderung und Rechtswahrungsanzeige des Bürgermeisters der Stadt Greven vom **09.12.2022 (Az.: 301243/UVG-KU)** ergangen.

Die Inverzugsetzung, Zahlungsaufforderung und Rechtswahrungsanzeige kann von dem Empfangsberechtigten in der Stadtverwaltung, Rathausstraße 6, Zimmer A 208 während der allgemeinen Dienststunden eingesehen bzw. abgeholt werden.

Die Inverzugsetzung, Zahlungsaufforderung und Rechtswahrungsanzeige wird gemäß § 10 Landeszustellungsgesetz NRW durch öffentliche Bekanntmachung dieser Benachrichtigung im Amtsblatt der Stadt Greven zugestellt. Sie gilt als zugestellt, wenn seit der Bekanntmachung im Amtsblatt zwei Wochen vergangen sind.

Mit dem Tag der Zustellung besteht die Möglichkeit, dass Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen.

Greven, 15.12.2022

Stadt Greven

Der Bürgermeister

gez.

Dietrich Aden

IX. Satzungsänderung vom 14.12.2022

zur

„Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Greven vom 19.12.2013“

Der Rat der Stadt Greven hat in seiner Sitzung am 14.12.2022 folgende IX. Satzungsänderung beschlossen.

Rechtsgrundlagen:

Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14.07.1994 in der jeweils geltenden Fassung,

Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) vom 24.02.2012 in der jeweils geltenden Fassung,

Landesabfallgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LAbfG NRW) vom 21.06.1988 in der jeweils geltenden Fassung,

Gewerbeabfallverordnung (GewABfV) vom 18.04.2017 in der jeweils geltenden Fassung,

Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) vom 19.02.1997 in der jeweils geltenden Fassung,

Batteriegeseztz (BattG) vom 25.06.2009 in der jeweils geltenden Fassung,

Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) vom 20.10.2015 in der jeweils geltenden Fassung,

Verpackungsgesetz (VerpackG) vom 05.07.2017 in der jeweils geltenden Fassung.

Artikel I

Die Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Greven vom 19.12.2013 in der jeweils geltenden Fassung wird wie folgt geändert:

§ 21

Abfallentsorgungsgebühren

Bisheriger Wortlaut:

Für die Benutzung der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung der Stadt und die sonstige Erfüllung abfallwirtschaftlicher Aufgaben durch die Stadt werden nach den Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes des Landes NRW Abfallentsorgungsgebühren erhoben.

Im Einzelnen:

a)

Restabfallgefäße	Gefäßgröße in ltr.	Gebühr 2022 in Euro
14-tägige Abfuhr	40	124
14-tägige Abfuhr	60	150
14-tägige Abfuhr	80	177
14-tägige Abfuhr	120	231
14-tägige Abfuhr	240	392
14-tägige Abfuhr	1.100	1.608
wöchentliche Abfuhr	1.100	3.084

Bioabfallgefäße	Gefäßgröße In ltr.	Gebühr 2022 in Euro
14-tägige Abfuhr	35	39
14-tägige Abfuhr	56	43
14-tägige Abfuhr	80	49
14-tägige Abfuhr	116	57
14-tägige Abfuhr	240	86

Neuer Wortlaut:

Für die Benutzung der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung der Stadt und die sonstige Erfüllung abfallwirtschaftlicher Aufgaben durch die Stadt werden nach den Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes des Landes NRW Abfallentsorgungsgebühren erhoben.

Im Einzelnen:

a)

Restabfallgefäße	Gefäßgröße in ltr.	Gebühr 2023 in Euro
14-tägige Abfuhr	40	130
14-tägige Abfuhr	60	155
14-tägige Abfuhr	80	181
14-tägige Abfuhr	120	232
14-tägige Abfuhr	240	386
14-tägige Abfuhr	1.100	1.561
wöchentliche Abfuhr	1.100	2.968

Bioabfallgefäße	Gefäßgröße In ltr.	Gebühr 2023 in Euro
14-tägige Abfuhr	35	44
14-tägige Abfuhr	56	49
14-tägige Abfuhr	80	55
14-tägige Abfuhr	116	63
14-tägige Abfuhr	240	91

Artikel II

Inkrafttreten

Die vorstehende IX. Satzungsänderung zur „Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Greven vom 19.12.2013 in der jeweils geltenden Fassung“ tritt zum 01.01.2023 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende IX. Satzungsänderung über die Abfallbeseitigung in der Stadt Greven wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Auf die Rechtsfolgen des § 7 Abs. 6 Satz 1 GO NW wird hingewiesen.

§ 7 Abs. 6 Satz 1 GO NW lautet wie folgt:

„Die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften dieses Gesetzes kann gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungsplänen nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.“

48268 Greven, den 14.12.2022

gez.

Dietrich Aden

Bürgermeister

X. Satzungsänderung vom 14.12.2022

zur

„Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 20.12.2012“

Der Rat der Stadt Greven hat in seiner Sitzung am 14.12.2022 folgende X. Satzungsänderung beschlossen.

Rechtsgrundlagen:

§§ 7 und 8 der **Gemeindeordnung** für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666) in der zurzeit geltenden Fassung

§§ 3 und 4 des **Gesetzes über die Reinigung öffentlicher Straßen** (StrReinG NRW) vom 18.12.1975 (GV NRW S. 706) in der zurzeit geltenden Fassung

§§ 4 und 6 des **Kommunalabgabengesetzes** für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21.10.1969 (GV NRW S. 712) in der zurzeit geltenden Fassung

Artikel I

Die „Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 20.12.2012“ wird wie folgt geändert:

§ 6

Gebührenmaßstab und Gebührensatzung (Frontmetermaßstab)

In Absatz 6

1. Spiegelstrich: Die Zahl „8,89“ wird durch die Zahl „10,20“ ersetzt.
2. Spiegelstrich: Die Zahl „8,89“ wird durch die Zahl „10,20“ ersetzt.
3. Spiegelstrich: Die Zahl „1,98“ wird durch die Zahl „2,27“ ersetzt.
5. Spiegelstrich: Die Zahl „1,58“ wird durch die Zahl „1,81“ ersetzt.
6. Spiegelstrich: Die Zahl „1,19“ wird durch die Zahl „1,36“ ersetzt.

Artikel II

Inkrafttreten

Die vorstehende X. Satzungsänderung zur „Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 20.12.2012“ tritt zum 01.01.2023 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

X. Satzungsänderung zur „Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 20.12.2012“ wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Auf die Rechtsfolgen des § 7 Abs. 6 Satz 1 GO NW wird hingewiesen.

§ 7 Abs. 6 Satz 1 GO NRW lautet wie folgt:

„Die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften dieses Gesetzes kann gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungsplänen nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.“

48268 Greven, den 14.12.2022

gez.

Dietrich Aden

Bürgermeister

IV. Satzungsänderung vom 14.12.2022

zur

„Satzung über die Entsorgung des Inhaltes von Grundstücksentwässerungsanlagen

(Kleinkläranlagen, abflusslosen Gruben)“

vom 15.12.2016“

Der Rat der Stadt Greven hat in seiner Sitzung am 14.12.2022 folgende IV. Satzungsänderung beschlossen.

Rechtsgrundlagen:

Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14.07.1994 in der jeweils geltenden Fassung,

Wasserhaushaltsgesetz des Bundes vom 31.07.2009 (WHG) in der jeweils geltenden Fassung,

Landeswassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen vom 25.6.1995 (LWG) in der jeweils geltenden Fassung,

Selbstüberwachungsverordnung Abwasser vom 08.07.2016 (SüwVO Abw) in der jeweils geltenden Fassung,

Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 19.02.1997 (OWiG) in der jeweils geltenden Fassung.

Artikel I

Die „Satzung über die Entsorgung des Inhaltes von Grundstücksentwässerungsanlagen (Kleinkläranlagen, abflusslose Gruben) vom 15.12.2016“ in der jeweils geltenden Fassung wird wie folgt geändert:

§ 12

Benutzungsgebühren

In Absatz 1

1. Buchstabe a)

die Zahl „71,40“ wird durch die Zahl „83,30“ ersetzt.

2. Buchstabe b)

die Zahl „7,14“ wird durch die Zahl „8,33“ ersetzt.

3. Buchstabe c)

die Zahl „7,14“ wird durch die Zahl „8,33“ ersetzt.

4. Buchstabe d)

die Zahl „71,40“ wird durch die Zahl „83,30“ ersetzt.

In Absatz 2

1. Buchstabe a)

die Zahl „9,93“ wird durch die Zahl „10,69“ ersetzt.

2. Buchstabe b)

die Zahl „1,67“ wird durch die Zahl „1,80“ ersetzt.

Artikel II

Inkrafttreten

Die vorstehende IV. Satzungsänderung zur „Satzung über die Entsorgung des Inhaltes von Grundstücksentwässerungsanlagen (Kleinkläranlagen, abflusslose Gruben) vom 15.12.2016 in der jeweils geltenden Fassung“ tritt zum 01.01.2023 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende IV. Satzungsänderung zur Satzung über die Entsorgung des Inhaltes von Grundstücksentwässerungsanlagen (Kleinkläranlagen, abflusslose Gruben) vom 15.12.2016 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Auf die Rechtsfolgen des § 7 Abs. 6 Satz 1 GO NW wird hingewiesen.

§ 7 Abs. 6 Satz 1 GO NW lautet wie folgt:

"Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes kann gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungsplänen nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt."

48268 Greven, den 14.12.2022

gez.

Dietrich Aden

Bürgermeister

VI. Satzungsänderung vom 14.12.2022

zur

„Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren, Kanalanschluss-Beiträgen und Kostenersatz für Grundstücksanschlüsse vom 15.12.2016“

Der Rat der Stadt Greven hat in seiner Sitzung am 14.12.2022 folgende VI. Satzungsänderung beschlossen.

Rechtsgrundlagen:

Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14.07.1994 in der jeweils geltenden Fassung,

Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21.10.1969 in der jeweils geltenden Fassung,

Landeswassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen vom 25.6.1995 (LWG) in der jeweils geltenden Fassung,

Abwasserabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 08.07.2016 (AbwAG NRW) in der jeweils geltenden Fassung.

Artikel I

Die Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren, Kanalanschluss-Beiträgen und Kostenersatz für Grundstücksanschlüsse vom 15.12.2016 in der jeweils geltenden Fassung wird wie folgt geändert:

§ 4

Schmutzwassergebühren

In Absatz 6

wird die Zahl „3,10“ ersetzt durch die Zahl „3,47“.

In Absatz 7

wird die Zahl „1,18“ ersetzt durch die Zahl „1,27“.

In Absatz 8

Satz 1, wird die Zahl „1,67“ ersetzt durch die Zahl „1,80“.

Satz 2 und 3, wird die Zahl „7,57“ ersetzt durch die Zahl „8,15“.

Artikel II

Inkrafttreten

Die vorstehende VI. Satzungsänderung zur „Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren, Kanalanschluss-Beiträgen und Kostenersatz für Grundstücksanschlüsse vom 15.12.2016 in der jeweils geltenden Fassung“ tritt zum 01.01.2023 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende VI. Satzungsänderung zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren, Kanalanschluss-Beiträgen und Kostenersatz für Grundstücksanschlüsse vom 15.12.2016 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Auf die Rechtsfolgen des § 7 Abs. 6 Satz 1 GO NW wird hingewiesen.

§ 7 Abs. 6 Satz 1 GO NW lautet wie folgt:

"Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes kann gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungsplänen nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt."

48268 Greven, den 14.12.2022

gez.

Dietrich Aden

Bürgermeister

Satzung der Stadt Greven über die Umlage des Aufwandes für die Gewässerunterhaltung gemäß § 64 LWG NRW vom 14.12.2022

Aufgrund

- der §§ 7, 8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung 14.07.1994 (GV. NRW. 1994, S. 666), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 29. September 2020 (GV. NRW. 2020, S. 916) in der jeweils geltenden Fassung,
- der §§ 39 bis 42 des Wasserhaushaltsgesetzes des Bundes (WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.07.2009 (BGBl. I 2009, S. 2585 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 09.06.2021 (BGBl. I 2021, S. 1699 ff.), in der jeweils geltenden Fassung,
- der §§ 62 bis 65 des Landeswassergesetzes NRW (LWG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.06.1995 (GV. NRW. 1995, S. 926), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Landeswasserrechts vom 04.05.2021 (GV NRW 2021, S. 560 ff., ber. GV NRW 2021, S. 718), in der jeweils geltenden Fassung,
- des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 19.02.1997 (BGBl. I 1997, S. 602), zuletzt geändert durch Art. 9 a des Gesetzes vom 30.03.2021 (BGBl. I 2021, S. 448) in der jeweils gültigen Fassung

hat der Rat der Stadt Greven am 14.12.2022 die Satzung der Stadt Greven über die Umlage des Aufwandes für die Gewässerunterhaltung beschlossen.

Inhaltsverzeichnis:

<u>§ 1 Umfang der Unterhaltungspflicht bei Gewässern</u>	428
<u>§ 2 Umlage des Unterhaltungsaufwandes</u>	428
<u>§ 3 Gebührenpflichtige im seitlichen Einzugsgebiet eines Gewässers</u>	429
<u>§ 4 Gebührenmaßstab</u>	429
<u>§ 5 Gebührensatz</u>	431
<u>§ 6 Fälligkeit</u>	431
<u>§ 7 Mitwirkungspflicht, Betretungsrecht</u>	431
<u>§ 8 Ordnungswidrigkeiten</u>	432
<u>§ 9 Inkrafttreten</u>	432

§ 1

Umfang der Unterhaltungspflicht bei Gewässern

- (1) Der Gemeinde werden für die Unterhaltung der Gewässer 2. Ordnung und der sonstigen Gewässer durch die Unterhaltungsverbände gemäß § 62 Abs. 3 LWG NRW i.V.m. § 64 Abs. 2 LWG NRW Verbandsbeiträge auferlegt. Es handelt sich um folgende Unterhaltungsverbände:
- a) Greven,
 - b) St. Mauritz - Altenberge,
 - c) Emsdettener Mühlenbach und Nordwalder Aa,
 - d) Ladberger Mühlenbach.
- (2) Zur Gewässerunterhaltungspflicht gehört gemäß § 39 Abs. 1 Nr. 1 bis Nr. 5 WHG:
- die Erhaltung des Gewässerbettes, auch zur Sicherung eines ordnungsgemäßen Wasserabflusses (§ 39 Abs. 1 Nr. 1 WHG),
 - die Erhaltung der Ufer, insbesondere durch Erhaltung und Neuanpflanzung einer standortgerechten Ufervegetation, sowie die Freihaltung der Ufer für den Wasserabfluss (§ 39 Abs. 1 Nr. 2 WHG),
 - die Erhaltung der Schiffbarkeit von schiffbaren Gewässern mit Ausnahme der besonderen Zufahrten zu Häfen und Schifffahrtsanlegestellen (§ 39 Abs. 1 Nr. 3 WHG),
 - die Erhaltung und Förderung der ökologischen Funktionsfähigkeit des Gewässers, insbesondere als Lebensraum von wildlebenden Tieren und Pflanzen (§ 39 Abs. 1 Nr. 4 WHG),
 - die Erhaltung des Gewässers in einen Zustand, der hinsichtlich der Abführung oder Rückhaltung von Wasser, Geschiebe, Schwebstoffen und Eis den wasserwirtschaftlichen Bedürfnissen entspricht (§ 39 Abs. 1 Nr. 5 WHG).

Gemäß § 39 Abs. 2 Satz 1 WHG muss die Gewässerunterhaltung sich an den Bewirtschaftungszielen nach Maßgabe der §§ 27 bis 31 WHG ausrichten und darf die Erreichung dieser Ziele nicht gefährden. Die Gewässerunterhaltung muss gemäß § 39 Abs. 2 Satz 2 WHG den Anforderungen entsprechen, die im Maßnahmenprogramm nach § 82 WHG an die Gewässerunterhaltung gestellt sind. Gemäß § 39 Abs. 2 Satz 3 WHG ist bei der Gewässerunterhaltung der Erhaltung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts Rechnung zu tragen; Bild und Erholungswert der Gewässerlandschaft sind zu berücksichtigen.

- (3) Gemäß § 61 Satz 1 LWG NRW erstreckt sich die Unterhaltung eines oberirdischen, fließenden Gewässers auf das Gewässerbett und auf die Ufer. Zur Unterhaltung gehört nach § 61 Satz 2 LWG NRW auch die Freihaltung, Reinigung und Räumung des Gewässerbettes und der Ufer von Unrat, soweit es dem Umfang nach geboten ist.

§ 2

Umlage des Unterhaltungsaufwandes

- (1) Die Gemeinde legt die Verbandsbeiträge für die Gewässerunterhaltung der in § 1 genannten Gewässer 2. Ordnung und der sonstigen Gewässer gemäß § 64 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und Satz 2 LWG NRW auf die Grundstücke im seitlichen Einzugsgebiet um. Eine Umlage des Aufwandes bzw. Kosten erfolgt auf der Grundlage des § 64 Abs. 1 Satz 4 bis 6 LWG NRW nur, soweit der Aufwand bzw. die Kosten nicht durch Anteile der sog. Erschwererinnen oder der sog. Erschwerer (§§ 64 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Satz 4 LWG NRW) und Finanzierungshilfen des Landes (§ 64 Abs. 1 Satz 5 i.V.m. § 72 LWG NRW) gedeckt sind.
- (2) Die Gewässerunterhaltungsgebühr beinhaltet nach § 64 Abs. 1 Satz 2 LWG NRW zusätzlich
 - die Personal- und Verwaltungskosten zur Durchführung der Umlage,
 - den Aufwand für die Ermittlung der Grundlagen für die Umlage sowie
 - die Kosten für das Gewässerkonzept (§ 74 Abs. 2 LWG NRW).

§ 3

Gebührenpflichtige im seitlichen Einzugsgebiet eines Gewässers

- (1) Gebührenpflichtig sind die Eigentümerinnen oder die Eigentümer von Grundstücken im seitlichen Einzugsgebiet des oder der zu unterhaltenden Gewässer, in welchem das Grundstück gelegen ist und die im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Gebührenbescheides im Grundbuch als Grundstückseigentümerin oder als Grundstückseigentümer eingetragen sind. Grundstücke im seitlichen Einzugsgebiet sind alle Grundstücke innerhalb eines Bereichs von Wasserscheiden, von denen aus ein Zufluss des Wassers zudem oder den zu unterhaltenden Gewässer/n erfolgen kann. Ein Grundstück kann auch zu mehreren seitlichen Einzugsgebieten gehören. **Auf einen unmittelbaren Zufluss zum Gewässer kommt es nicht an. Entscheidend ist allein die Lage des Grundstücks im seitlichen Einzugsgebiet des Gewässers.**
- (2) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist das Buchgrundstück.
- (3) Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so tritt an die Stelle der Eigentümerin oder des Eigentümers die Erbbauberechtigte oder der Erbbauberechtigte (§ 64 Abs. 1 Satz 3 LWG NRW). Mehrere Gebührenpflichtige sind Gesamtschuldner.
- (4) Wird das Eigentum an einem Grundstück übertragen, so ist die bisherige und die neue Eigentümerin oder der bisherige und der neue Eigentümer verpflichtet, den Eigentumswechsel der Gemeinde anzuzeigen. Unterbleibt die Anzeige, so haften die bisherige und die neue Eigentümerin oder der bisherige und der neue Eigentümer so lange als Gesamtschuldner für die seit dem Eigentumswechsel entstandenen Gebühren, bis die für die Veranlagung zuständige Stelle von dem Eigentumswechsel Kenntnis erhält.

§ 4

Gebührenmaßstab

- (1) Die Gebühr bemisst sich gemäß § 64 Abs. 1 Satz 8 LWG NRW **pro Quadratmeter Grundstücksfläche. Dabei werden die Kosten zur Erfüllung der Pflicht zur Gewässerunterhaltung (§ 1 dieser Satzung) gemäß § 64 Abs. 1 Satz 7 LWG NRW zu 90 % auf die befestigten Flächen und zu 10 % auf die übrigen (= unbefestigten) Flächen umgelegt, die sich auf Grundstücken befinden, die im seitlichen Einzugsgebiet des oder der zu unterhaltenden Gewässer/s liegen.**
- (2) **Befestigte Flächen im Sinne des § 64 Abs. 1 Satz 7 LWG NRW sind alle Flächen, auf denen bauliche Anlagen jedweder Art oder sonstige vom natürlichen Wasserabfluss abweichende Befestigungen des Bodens vorzufinden sind, die eine unveränderte, natürliche Versickerung des Wassers aus Niederschlägen über die originäre, natürliche Bodenfläche nicht mehr ermöglichen.** Befestigte Flächen sind somit solche Flächen, die **keine originäre, natürliche Bodenbeschaffenheit mehr aufweisen.** Hierzu gehören insbesondere **die mit Gebäuden oder sonstigen Überdachungen überbauten Flächen** sowie die **Befestigung von Flächen durch Beton, Asphalt, Schotter, Kies, Sand** oder ähnliche Materialien, so dass diese **keine originäre (unveränderte), natürliche Bodenbeschaffenheit wie etwa Acker, Wiese, Wald, Blumenbeete und Rasen mehr aufweisen.**
- (3) **Übrige Flächen im Sinne des § 64 Abs. 1 Satz 7 LWG NRW sind alle unbefestigten Flächen, die eine originäre, und damit unveränderte natürliche Bodenbeschaffenheit aufweisen.** Hierzu gehören insbesondere Rasenflächen, Blumenbeete, Wiesen, Äcker, Weiden und Waldflächen.
- (4) Die Gemeinde erstellt durch eine Überfliegung des Gemeindegebietes Luftbilder von den Grundstücken oder nutzt die Luftbilder aus der regelmäßigen Landesbefliegung durch das Land Nordrhein-Westfalen. Mit Hilfe der Luftbilder wird ein zeichnerischer Lageplan zur Befragung der Grundstückseigentümersin oder des Grundstückseigentümers entwickelt, aus welchem sich die befestigten und die übrigen (= unbefestigten) Flächen ergeben. Die Grundstückseigentümersin oder der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, zu dem zeichnerischen Lageplan Stellung zu nehmen und mitzuteilen, ob die abflusswirksamen Flächen durch die Gemeinde zutreffend ermittelt worden sind (Mitwirkungspflicht). Soweit erforderlich, kann die Gemeinde die Vorlage weiterer Unterlagen einfordern. Kommt die Grundstückseigentümersin oder der Grundstückseigentümer seiner Mitwirkungspflicht nicht nach oder liegen für ein Grundstück keine geeigneten Angaben/Unterlagen der Grundstückseigentümersin oder des Grundstückseigentümers vor, wird die befestigte und die übrige (= unbefestigte) Fläche von der Gemeinde geschätzt. Die Datenerhebung, Datenspeicherung und Datennutzung erfolgt zur verursachergerechten Abrechnung der Gewässerunterhaltungsgebühr gemäß § 64 Abs. 1 LWG NRW und zum Nachweis der rechtmäßigen Erhebung dieser Gebühr. Insoweit hat die Grundstückseigentümersin oder der Grundstückseigentümer als Gebührenschildnerin oder als Gebührenschildner den damit verbundenen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung zu dulden.
- (5) Ändert sich die befestigte oder die übrige, unbefestigte Fläche des Grundstücks, so hat die oder der Gebührenpflichtige die Größe der neuen Flächen binnen eines Monats nach Änderung der Gemeinde anzuzeigen. Abs. 4 gilt entsprechend.

§ 5 Gebührensatz

- (1) Der Gebührensatz für Grundstücke, die im Verbandsgebiet des Unterhaltungsverbandes **Greven** liegen, beträgt:

ab dem 01.01.2019

für befestigte Flächen von Grundstücken pro m ² /Jahr:	0,006882 €
für unbefestigte Flächen von Grundstücken pro m ² /Jahr:	0,000765 €

- (2) Der Gebührensatz für Grundstücke, die im Verbandsgebiet des Unterhaltungsverbandes **St. Mauritz - Altenberge** liegen, beträgt:

ab dem 01.01.2019

für befestigte Flächen von Grundstücken pro m ² /Jahr:	0,011663 €
für unbefestigte Flächen von Grundstücken pro m ² /Jahr:	0,001296 €

- (3) Der Gebührensatz für Grundstücke, die im Verbandsgebiet des Unterhaltungsverbandes **Emsdettener Mühlenbach und Nordwalder Aa** liegen, beträgt:

für das Jahr 2019

für befestigte Flächen von Grundstücken pro m ² /Jahr:	0,019428 €
für unbefestigte Flächen von Grundstücken pro m ² /Jahr:	0,002159 €

ab dem 01.01.2020

für befestigte Flächen von Grundstücken pro m ² /Jahr:	0,023476 €
für unbefestigte Flächen von Grundstücken pro m ² /Jahr:	0,002608 €

- (4) Der Gebührensatz für Grundstücke, die im Verbandsgebiet des Unterhaltungsverbandes **Ladberger Mühlenbach** liegen, beträgt:

ab dem 01.01.2019

für befestigte Flächen von Grundstücken pro m ² /Jahr:	0,015861 €
für unbefestigte Flächen von Grundstücken pro m ² /Jahr:	0,001762 €

§ 6 Fälligkeit

Die Gebühren werden für ein Kalenderjahr durch Gebührenbescheid festgesetzt. Der Bescheid kann mit einem anderen Abgabenbescheid verbunden sein. Die Gebühr wird einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.

§ 7 Mitwirkungspflicht, Betretungsrecht

- (1) Die Gebührenpflichtigen haben alle für das Errechnen der Gebühr erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
- (2) Die Gebührenpflichtigen haben zu dulden, dass Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter oder Beauftragte der Gemeinde mit Berechtigungsausweis die Grundstücke betreten können, um die Bemessungsgrundlagen festzustellen oder zu überprüfen.

§ 8 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer
 - a) als Gebührenpflichtige oder als Gebührenpflichtiger entgegen § 5 Abs. 4 ihren oder seinen Mitteilungspflichten nicht nachkommt oder entgegen § 5 Abs. 5 Veränderungen hinsichtlich der Zuordnung von Flächen zu den einzelnen Flächenarten nicht oder nicht rechtzeitig anzeigt,
 - b) als Gebührenpflichtige oder als Gebührenpflichtiger entgegen § 8 Abs. 1 die zur Errechnung der Gebühren erforderlichen Auskünfte nicht erteilt,
 - c) als Gebührenpflichtige oder als Gebührenpflichtiger entgegen § 8 Abs. 2 Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter oder Beauftragte der Gemeinde daran hindert, das Grundstück zu betreten, um Bemessungsgrundlagen festzustellen oder zu überprüfen.
- (2) Die Ordnungswidrigkeiten werden mit einer Geldbuße bis zu 1.000 Euro geahndet.

§ 9 Inkrafttreten

„Die vorstehende Satzung der Stadt Greven über die Umlage des Aufwandes für die Gewässerunterhaltung gemäß § 64 LWG NRW vom 14.12.2022 tritt am 01.01.2023 mit rückwirkender Wirksamkeit ab dem 01.01.2019 in Kraft. Gleichzeitig treten die Satzung der Stadt Greven über die Erhebung von Gebühren für Beiträge an Unterhaltungsverbände der natürlich fließenden Gewässer II. Ordnung vom 20.12.2001 und sämtliche dazu ergangenen Satzungsänderungen außer Kraft.“

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung der Stadt Greven über die Umlage des Aufwandes für die Gewässerunterhaltung gemäß § 64 LWG NRW vom 14.12.2022 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Auf die Rechtsfolgen des § 7 Abs. 6 Satz 1 GO NW wird hingewiesen.

§ 7 Abs. 6 Satz 1 GO NW lautet wie folgt:

"Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes kann gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungsplänen nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt."

48268 Greven, den 14.12.2022

Dietrich Aden
Bürgermeister